

(Minister Kniola)

(A) hat es durchaus interessante Bemerkungen gegeben. Herr Kollege Groth hat einen Punkt aufgegriffen, nämlich das Verhältnis von allgemeinen Zuweisungen, ungebundenen Zuweisungen und Zweckzuweisungen. Er hat dabei darauf hingewiesen, daß wir das Verhältnis 93,5 % zu 6,5 % haben, das heißt, 93,5 % aller Zuweisungen sind in der Verwendung ungebunden.

Die CDU hat sehr deutlich immer wieder - nicht nur in diesem Jahr - gesagt, sie möchte gern, daß die Zweckzuweisungen eigentlich ganz entfallen. Sie sagt, das gehört in den Landeshaushalt. Das ist eine Position, über die man ernsthaft streiten kann. Es besteht überhaupt kein Zweifel, daß man das so oder so entscheiden kann. Aber zum ersten Mal war sie bei den internen Beratungen in diesem Jahr dazu bereit, zu sagen, ohne es zu beziffern: Damit verbunden ist dann aber eine deutliche Senkung des Verbundsatzes.

An dem Punkt wird die Debatte ja erst spannend. Denn dann können wir wirklich ernsthaft darüber streiten. Ich könnte mir sogar vorstellen, daß selbst der Kollege Schleußer an einer solchen Debatte Spaß bekommen würde, wenn er sagen könnte: Dann laßt uns doch unter Verzicht auf die Zweckzuweisungen auf bayerische Verbundsätze kommen. Das wäre eine sehr spannende Debatte. Da würde ich gern auch wissen: Wo steht die CDU denn wirklich?

(B)

(Zuruf von den GRÜNEN: Im Abseits!)

- Abgesehen davon, daß sie im Abseits steht, wo steht sie in dieser Frage denn inhaltlich? Leider entziehen Sie sich - Sie machen es sehr deutlich - dieser Debatte.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Der Rest ist im Restaurant!)

Es wäre eine wichtige, spannende Debatte. Neben dem, was wir zu den Feinheiten des GFG 1997 sagen könnten, wäre diese Grundsatzdebatte sicherlich von Interesse. Ich bedaure außerordentlich, daß wir diese Debatte wegen der Abwesenheit nicht führen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Innenminister Kniola. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe die Beratung zum Gemeindefinanzierungsgesetz.**

Wir kommen zur **Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/1617.** Wer dafür

ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das ist die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1997 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU in zweiter Lesung **angenommen.**

(C)

Zur Vorbereitung der dritten Lesung stimmen wir jetzt über die **Rücküberweisung** des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den **Haushalts- und Finanzausschuß** ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Die Rücküberweisung ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einigen Stimmen der CDU gegen wenige Stimmen der CDU **angenommen.**

(Klaus Matthiesen [SPD]: Nur solche, die geistig abwesend waren!)

Ich rufe auf:

Einzelplan 15: Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1615. Wir beginnen zunächst mit der

(D)

a) Stadtentwicklung

Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Retz für die Fraktion der SPD das Wort.

Adolf Retz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten nun den Einzelplan 15 - Stadtentwicklung, Kultur und Sport. Meine Damen und Herren von der CDU, ich kann es Ihnen nicht ersparen, die Situation doch noch einmal zu schildern. Auch wenn Sie selbst nicht anwesend sind, wollen unsere Zuhörer auf der Tribüne natürlich wissen, was wir hier tun. Wir beraten hier den Haushalt, d. h. die finanzielle Grundlage für die Aktivitäten des nächsten Jahres, und die CDU-Fraktion beteiligt sich an dieser Diskussion nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren der CDU: Scheinbar ist die undurchschaubare Finanzpolitik des Bundes der entscheidende Grund, daß Sie die Sprache verloren haben, oder Sie interessieren sich nicht mehr für die Probleme und Sorgen der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Bodo Champignon [SPD]: Beides ist richtig!)

(Retz [SPD])

- (A) Denn der Finanzrahmen für die Politik des nächsten Jahres steht heute zur Debatte. Es mag ja sein, daß die Bundesregierung noch vieles im Schilde führt, was die Finanzpolitik betrifft. Insofern unterscheiden sich unser Finanzminister und unser eingebrachter Haushalt ganz entscheidend von dem Wirrwarr, das in Bonn stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt für Stadtentwicklung, Kultur und Sport liegt mit über 800 Millionen DM vor, und er stellt einen entscheidenden Anteil des Investitionsprogramms des Landes für die Städte und Gemeinden in unserem Land dar. Mit unserer Stadtentwicklungspolitik und der Städtebauförderung werden wir die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortsetzen. Wohnen und Arbeiten, Arbeiten und Wohnen ist das zentrale Thema in unserem Land und Wirtschaftstandort Nordrhein-Westfalen. Dies wollen wir auch mit Städtebau und Stadtentwicklung weiter voranbringen.

- (B) Ich will einige Punkte - von der Gewerbeflächen- bis Wohnflächenerschließung, von der Aufarbeitung von alten Militärstandorten bis hin zur Herichtung von alten Industriegebäuden zu Handwerkerhöfen usw. - aufzählen. Sie sind das zentrale Thema des Städtebauhaushaltes. Die Sicherung von Gewerbeflächen in Gemengelage ist ein ganz entscheidender Faktor in unserer Industrieregion, um bestehende Unternehmen zu erhalten.

Vom Denkmalschutz bis zum kommunalen Straßen- und Radwegbau - das sind die Schwerpunkte des Stadtentwicklungshaushaltes, der uns im nächsten Jahr ein Stück voranbringen wird.

Ein Großteil der Städtebauförderung wird in die Strukturpolitik unseres Landes eingebracht. Hier gilt es, mit diesen Investitionsmitteln Arbeitsplätze zu sichern und auch die Bauindustrie zu unterstützen, die zur Zeit durch viele Rahmenbedingungen nicht gerade rosig dasteht - ein wichtiger arbeitsmarktpolitischer Aspekt.

Lassen Sie mich zwei Punkte besonders aufgreifen. Das ist das Thema Stadtlogistik und Stadtmarketing, ein Thema, das wir in diesem und im letzten Jahr neu aufgegriffen haben, weil wir dazu beitragen wollen, daß unsere Stadtstrukturen, unser innerstädtischer Verkehr, unser Lebensraum besser gestaltet werden, als es zur Zeit der Fall ist. Wir möchten durch Förderprogramme mithelfen, mit intelligenter Leittechnik unseren innerstädtischen Verkehr vom Bereich der Spedition, dem Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zu Boten- und Taxidienten anders zu organisieren und unsere Innenstädte und Städte wieder etwas

einkaufs- und lebensfreundlicher gestalten. Das kann uns gelingen, wenn die vielen Leerfahrten von Speditionen, Taxiunternehmen und von ÖPNV-Systemen ein Stück reduziert oder womöglich ganz ausgeschlossen werden. (C)

Unsere Städte leiden zur Zeit insbesondere unter dem innerstädtischen Verkehr. Es gibt einige Modellstädte in Nordrhein-Westfalen, die mit ihren Mitteln versuchen, in dem Bereich im Rahmen ihrer Stadtplanung ein Stück voranzukommen. Aber ich glaube, daß wir aufgerufen sind, mit moderner, bestehender Leittechnik einen entscheidenden Schritt nach vorne zu kommen.

Für 1997 stehen wichtige Projekte im Bereich des Grundstücksfonds an. Ich darf nur an die Erschließung und Rekultivierung verschiedener Zechengelände, z. B. an das Zechengelände "Anna" in Alsdorf, an Industriebrachen in Dortmund und in Duisburg, erinnern, die mit dem Grundstücksfonds ein wenig aufgearbeitet werden sollen und mit denen wir die Landnutzung wieder zurückführen wollen, indem wir alte Brachen attraktiv gestalten und sie auch als Wirtschaftsstandorte wieder herrichten.

Wir hätten uns gerade für das wichtige Thema Stadterneuerung, Städtebau und Stadtentwicklung gewünscht, daß größere Mittel zur Verfügung stünden. Ich will hier nicht verhehlen, daß wir nach ursprünglich sehr hohen Ansätzen des Bundes nun auf nur ganz bescheidene 20 Millionen DM Bundesförderung für dieses Programm zurückgreifen können. Das ist nicht einmal 1 % dessen, was wir in Nordrhein-Westfalen tun. So viel ist der Bundesregierung der Wirtschaftsstandort, die Unterstützung von Arbeitsplätzen und von Investitionsaktivitäten wert. (D)

Im Gegenzug wird dagegen in Berlin, was die Grundstückspreise, was die Baupreise betrifft, mit Milliardenbeträgen eine Baukonjunktur angeheizt, die völlig überzogen und völlig ungesund ist. Das heißt, eine bessere Verteilung hätte auch dem Land, den Arbeitnehmern und den Bauunternehmen in Nordrhein-Westfalen gutgetan.

Wir haben innerhalb der Koalition und innerhalb der SPD den Haushalt sehr sorgfältig beraten und uns im Detail sehr intensiv damit befaßt. Wir stimmen dem Haushalt zu und geben ihn weiter zur dritten Beratung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Retz. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

(Präsident Schmidt)

- (A) GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Tarner das Wort.

Hedwig Tarner (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gar nicht so traurig darüber, daß die CDU-Fraktion an der heutigen Debatte nicht teilnimmt. - Ach, die Herren von der CDU sind doch wieder da!

(Winfried Schittges [CDU]: Das einzig Erfreuliche in diesem Parlament! - Heiterkeit bei der CDU)

Die Stadtentwicklung gehört ja eigentlich nicht zu den Lieblingskindern der CDU-Kollegen im Ausschuß, so daß uns heute dadurch, daß diese den Mund halten, nicht soviel verlorengelht. Das ist im Gegensatz zu anderen Bereichen ungewöhnlich. Stadtentwicklung, wie sie in der Kombination mit Kultur und Sport seit dieser Legislaturperiode in Nordrhein-Westfalen betrieben wird, paßt nämlich so gar nicht in das althergebrachte Bild von Politik. In diesem Bereich wird das scharf abgegrenzte Ressortdenken ein Stück weit aufgegeben und statt dessen ein ganzheitlicher Ansatz gewählt - sehr zum Vorteil der geförderten Städte und Stadtteile.

- (B) Aufgabe der Stadtentwicklung ist es, Antworten auf die drängenden Fragen im Bereich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen zu geben. Die Städte stehen vor immer schwierigeren Problemen. Die soziale Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich im Stadtbild wider, verlumte Bereiche werden zu sozialen Brennpunkten. Die Städter flüchten in den ländlichen Raum, da dort das Leben attraktiver scheint, oder sie ziehen das Wohnen in den Stadtrandbezirken vor. Die Folge sind verwaiste Innenstädte am Abend und am Wochenende sowie Pendlerströme, deren Ausmaß es jeden Morgen im Radio neu zu bestaunen gibt. Sommersmog, Pseudokrupphusten und bewegungsunwillige Kinder stellen die Spitze des Eisbergs einer Urbanisierung dar, der entgegengesteuert werden muß.

Ein Werkzeug zur Vitalisierung der Städte sind die Stadtentwicklung und Stadterneuerung.

Die Stadtentwicklungspolitik wurde Schritt für Schritt zu einem struktur- und arbeitsmarktpolitischen Werkzeug umgebaut. Die eingesetzten Städtebaufördermittel lösen private Investitionen aus. Untersuchungen haben ergeben, daß die Gesamtinvestitionssumme bis zu achtmal so hoch ist wie die Initialzündung durch die Landesmittel. Durch die Städtebaufördermittel werden Arbeits-

plätze erhalten und neue geschaffen. Die Förderung setzt schwerpunktmäßig in Gebieten an, in denen Arbeitsplätze weggebrochen sind und die dringend eine Arbeitsplatzperspektive benötigen. In dem Programm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" werden diese Stadtteile gezielt gefördert. In allen Programmen ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein wichtiger Aspekt. (C)

Kollege Retz ist in diesem Zusammenhang schon auf den Grundstücksfonds eingegangen.

Der Abzug der Truppen hat, über das gesamte Land verteilt, militärische Liegenschaften hinterlassen. An 170 Standorten waren ehemals Truppenunterkünfte, Flugplätze, Übungsplätze, Schießstände oder Depots. Die Gestaltung der Umnutzung dieser Flächen und Immobilien ist eine ziemliche Herausforderung. Jeder Standort hat sein eigenes Potential, aber auch seine eigenen Probleme und muß deshalb individuell betrachtet werden. In Idealfällen wie Münster oder Bielefeld werden in den Städten bisher nicht überplante zentrale Bereiche frei. Sie können für Wohnungen, Gewerbe oder auch für Sport genutzt werden.

Schwierig wird es bei den Klein- und Mittelstädten, die häufig mit der Größe des freigewordenen Territoriums überfordert sind. Beispielsweise können Kleinstädte mit 10 000 Einwohnern keine 1 200 frei gewordenen Wohneinheiten übernehmen. Hier müssen Alternativen gesucht werden. Das Ministerium bietet diesen Kommunen Fördermittel, aber auch Arbeitshilfe. (D)

Noch um vieles schwieriger sind die militärischen Liegenschaften außerhalb geschlossener Ortschaften. Über diese im ganzen Land liegenden Flächen zieht sich ein Netz unterschiedlichster Planungsvorstellungen: von Gewerbegebieten über Freizeitparks bis hin zu Pferderennbahnen. Es werden noch erhebliche Anstrengungen und finanzieller Aufwand erforderlich sein, um die notwendigen Untersuchungen durchzuführen und die Planung voranzutreiben.

Ich will Ihr Augenmerk auf einen weiteren Bereich lenken - hin zur Initiierung zukunftsweisender Stadterneuerungsaktivitäten durch Stadtentwicklungsplanung.

Da die finanziellen Mittel nun einmal endlich sind, bleibt für die Förderung immer nur ein kleiner verfügbarer Anteil übrig. Frau Ministerin Brusch stellte in der vorletzten Ausschußsitzung die Agenda-Transferstelle vor. - Ich gehöre hier ja zum jüngsten Zehntel des Parlaments; für mich ist die Zukunft noch sehr lang. Unsere ressourcenverzehrenden, umweltbelastenden Lebensstile, aber auch

(Tärner [GRÜNE])

(A) unsere Wirtschaftsformen werden in den Ballungsräumen in all ihren negativen Konsequenzen am deutlichsten.

Die Stadtentwicklungspolitik muß auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein.

Mit der Verabschiedung der "Agenda 21" 1992 in Rio wurden die Kommunen aufgerufen, bis Ende dieses Jahres eine lokale "Agenda 21" für eine nachhaltige zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklung zu verabschieden. Die neu eingerichtete Transferstelle soll die Kommunen in diesem Aufgabenbereich unterstützen, im Konsens mit ihren Bürgerinnen und Bürgern langfristige Handlungskonzepte auszuarbeiten, die eine ökologisch verträgliche und ökonomisch dauerhaft tragfähige sozial gerechte Entwicklung anstrebt.

Diesen Weg der Nachhaltigkeit geht das Land an vielen Stellen, zum Beispiel bei der Internationalen Bauausstellung Emscherpark, der Förderung des Flächenrecycling und beim Freiraumschutz.

Aber auch ich habe einen Wermutstropfen in diesem Haushaltsansatz gefunden: Das ganze Fördersystem ist ausgerichtet auf Großstädte, Ballungsräume und vielleicht noch die Ballungsrandszonen. Für die Fläche dazwischen und die Menschen, die dort leben, sind die Probleme aber andere. Mobilitätswänge von der Krabbelgruppe bis zum Seniorencafé bestimmen das Alltagsleben auf dem Land. Die Auflösung der sozialen Gemeinschaft und das Verschwinden der Infrastruktur kennzeichnen den ländlichen Raum. Die Probleme sind noch lange nicht so augenfällig wie in den Städten, aber auch sie verlangen ihre Lösung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich weiß: Solche globalen Ziele sind Ihnen nicht bodenständig genug. Ich befürchte, auch wenn Sie heute mitdiskutiert hätten, wäre dieser Bereich von Ihnen nicht gewürdigt worden. Wie gesagt: Bei der heutigen Debatte sind sie gar nicht so nötig gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Tärner. - Für die Landesregierung spricht die Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Frau Brusis. Bitte schön.

Ilse Brusis, Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine sehr verehrten

Herren und Damen! "In unseren Städten entscheidet sich die Zukunft der Gesellschaft. Deshalb ist die Entwicklung unserer Städte eine der größten Herausforderungen der bevorstehenden Jahrhundertwende." Dies ist eine sicher zutreffende Einsicht. Sie stammt vom Bundesbauminister.

Der Bundesbauminister hat eine hohe Fähigkeit entwickelt, das zu fordern und anzukündigen, was jetzt notwendig ist zur Sicherung der Handlungsfähigkeit unserer Städte: die Innenstädte lebendig halten, den Wildwuchs auf der grünen Wiese verhindern, Bauland ausweisen, Flächen recyceln, nachhaltige Stadtentwicklung betreiben usw.

Der Bundesbauminister hat diese und andere Förderungen in der Habitat-II-Konferenz von Istanbul aufgestellt, und er hat sie in der Zwischenzeit mehrfach wiederholt, zuletzt bei der zweiten Lesung des Bundeshaushalts.

Er weist so häufig und so nachdrücklich und eindringlich auf die Notwendigkeit einer aktiven Städtebaupolitik hin, daß man eigentlich erwarten müßte, daß sich dies auch im Bundeshaushalt widerspiegelt; aber das Gegenteil ist der Fall: Der faktische Ausstieg des Bundes aus der Städtebauförderung wird trotz des Protestes aller Länder besiegelt.

Wenn man es auf den Punkt bringt, heißt das: Der Bund spielt die Rolle des Anspruchstellers, und diese Rolle spielt er zweifellos gut. Aber er läßt die Länder, die Städte und die Gemeinden allein, wenn es um die Verwirklichung der Ziele geht, wenn es um praktische Politik geht.

Ich weiß nicht, ob das ein vernünftiges Rollenspiel ist, wenn der Bund Erwartungen erweckt, die die Länder und die Kommunen einzulösen haben - und dies bei dramatisch verengten Finanzspielräumen! Wo bleibt das Engagement des Bundes über das rein rhetorische hinaus?

Das Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen drückt sich in konkreten Zahlen, in konkreten Programmen und in konkreten Projekten aus: in der Aufbereitung von Flächen für Wohnen und Arbeiten, in der Steigerung der Attraktivität der Innenstädte, in der engen Kombination unserer Städtebaufördermaßnahmen mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammen, im Umbau und der neuen Nutzung von alten Gebäuden, ob sie industrieller oder anderer Art sind.

Wir können erfreulicherweise auch feststellen, daß die Städtebauförderung des Landes seit Jahren sehr stabil auf hohem Niveau liegt. Die Nachfrage der Städte und Gemeinden, ihre strukturpolitischen

(C)

(D)

(Ministerin Brusis)

(A) Probleme mit Hilfe der Städtebauförderung des Landes zu verbessern, ist ungebrochen. Der Wille der Städte und Gemeinden, über die Verbesserung ihrer Attraktivität ihre Standortqualität zu verbessern, ist nach wie vor sehr stark, und sie unternehmen alle Anstrengungen, um auch die komplementären Mittel, die zu den Städtebaufördermitteln des Landes notwendig sind, aufzubringen.

Zusammen mit dem kommunalen Straßenbau, der Denkmalförderung und dem Grundstücksfonds schafft die Städtebauförderung ein Investitionsvolumen, das in hohem Maße arbeitsplatzschaffend und arbeitsplatzerhaltend wirkt. Jedes Jahr mobilisiert dieses Investitionsvolumen im Bereich der Städtebauförderung zirka 7 Milliarden DM privates Kapital. Das heißt in Arbeitsplätzen - ich denke, das ist in der heutigen Zeit ein wichtiger Maßstab -, daß wir im kommenden Jahr wiederum zirka 50 000 Arbeitsplätze allein mit unseren Städtebaufördermitteln sichern bzw. schaffen.

Mit diesem Einsatz, der uns natürlich angesichts der haushaltspolitischen Zwänge, in denen sich auch das Land bewegt, nicht leichtfällt, liegen wir als Land in der Bundesrepublik Deutschland ganz vorn, vor allen anderen Ländern. Dieser Investitionsschub ist unser Beitrag sowohl zur Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen als auch zur Sicherung und zur Verbesserung der Infrastruktur der Regionen und der Städte. Das sind Zukunftsinvestitionen, die diesen Namen wirklich verdienen.

(B) Was ich vermisse, meine Herren und Damen, ist nicht nur das Engagement des Bundes. Ich sehe es auch nicht bei der Opposition hier im Landtag. Wenn ich die geringe Diskussionsbereitschaft auch bei der Vorstellung unserer neuen Programme in den letzten Ausschusssitzungen und auch diese mangelnde Diskussionsbereitschaft hier vielleicht als generelle Zustimmung zur Städtebaupolitik der Landesregierung interpretieren kann, so sehe ich aber bei der CDU-Fraktion keine eigene Position, keine Stadtentwicklungskonzeption.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Es ist schlimm! Schweigen ist Politik!)

Ich sehe keine eigene Strategie der CDU zur Revitalisierung schwieriger Stadtteile,

(Klaus Matthiesen [SPD]: Schlimm!)

ich sehe keine Strategie zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur,

(Klaus Matthiesen [SPD]: Schlimm!)

ich sehe keine Strategie zur Stabilisierung der Innenstädte, ich sehe keine stadtverkehrliche Strategie auf seiten der Opposition, (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Schlimm!)

ich sehe keine Strategie zur Ausweisung von Bauland für Wohnen und Gewerbe,

(Klaus Matthiesen [SPD]: Noch schlimmer!)

und ich sehe schließlich nicht, wie die nordrhein-westfälische CDU auf die Bundesregierung einwirkt, um das finanzielle Engagement des Bundes für unsere Städte und Gemeinden in diesem Lande zu verbessern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies zusammen, meine Herren und Damen, ist alles reichlich wenig, um mit der Opposition in einen Dialog über die Zukunft unserer Städte und Gemeinden eintreten zu können. Insofern kann man vielleicht nachvollziehen - das will ich zum Abschluß sagen -, daß die Opposition hier im Landtag heute zum Haushalt des Städtebauministeriums schweigt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin Brusis. Zu dem Bereich Stadtentwicklung im Einzelplan 15 liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe diesen Komplex ab. (D)

Wir kommen im Einzelplan 15 zu

b) Kultur

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Böcker das Wort.

Manfred Böcker (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf für den Einzelplan 15 ist im Bereich "Kultur" trotz aller erforderlichen Einsparungen dennoch auf einem Niveau, das Kulturarbeit im Lande auch im nächsten Jahr auf finanziell sichere Füße stellt. Dies war angesichts der vielfach vertretenen Auffassung, Kultur sei allein das Sahnehäubchen, kein leichtes Unterfangen.

Ich möchte zunächst erst einmal meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß der Etat des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport in diesem Bereich so aussieht, daß wir uns damit durchaus im Lande blicken lassen können

(Böcker [SPD])

(A) und daß es gegenüber dem Entwurf keinerlei Abstriche gegeben hat.

Dies entspricht naturgemäß nicht der Einschätzung aller im Landtag vertretenen Fraktionen. So überrascht es nicht, daß die CDU-Landtagsfraktion den vorliegenden Entwurf kritisiert. Aber eine kritische Auseinandersetzung ist ein Merkmal der Demokratie, und so haben wir auch in der Vergangenheit in der Sache kontrovers, aber sachlich gestritten.

In diesem Jahr haben wir nun das Novum kennengelernt, daß die Oppositionsfraktion sich ihrer Verantwortung als Teil des Landesgesetzgebers entledigt, indem sie nicht nur keine Haushaltsänderungsanträge zum Entwurf eingereicht hat, sondern sich auch in der maßgeblichen Kulturausschußsitzung bei der Abstimmung über die einzelnen kulturrelevanten Positionen der Einzelpläne der Stimme enthielt.

Begründet wurde dies - wie auch in anderen Ausschüssen - mit dem lapidaren Hinweis auf eine angeblich nicht erfolgte Haushaltskonsolidierung durch die Landesregierung. Dies vermag weder zu überzeugen noch zu befriedigen. Damit - das stelle ich ausdrücklich fest - verabschiedet sich die CDU aus der Gestaltung der Landespolitik.

(B) Meine Damen und Herren von der CDU, ich bezweifle auch, daß Sie dies den Bürgerinnen und Bürgern im Lande und - wenn wir von Kultur sprechen - den Kulturschaffenden im Lande verständlich machen können. Ich bezweifle, ob Ihre Rechnung aufgeht. Ich schaue mir nur den Pressespiegel von heute an, der Bände spricht und Kommentare nicht zu Ihren Gunsten über Ihr Verhalten in diesem Plenum abgibt. Ihre Rechnung geht also nicht auf. Kein Beifall ist von irgendeiner Seite zu verspüren.

Ich erinnere mich gut daran, wie Sie in den Monaten vorher über Land gereist sind, überall großspurige Versprechungen abgegeben haben, Utopien fern jeglicher Realität entwickelt haben. Was sagen Sie diesen Leuten jetzt nur? Sagen Sie ihnen, daß Sie nicht in der Lage waren, auch nur annähernd diese Interessen, die Sie zu vertreten vorgeben, über Anträge in einem demokratischen Verfahren ins Parlament einzubringen? Nichts, gar nichts ist gekommen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn ich mir das so ansehe - im Kulturbereich darf man das sagen -, jede Muppet-Show ist spannender, als das, was Sie hier an diesen drei Tagen bieten. Das kann nicht wahr sein, Ihr Verhalten ist kein guter Beitrag für die kulturelle Entwicklung in unserem Lande.

(C) Wir verkennen die besonders schwierige Situation der Kulturschaffenden nicht, die besonders unter der finanziellen Notsituation der Städte zu leiden haben. Wir wissen natürlich, wie schwierig es ist, komplementäre Mittel für den Kulturbereich zu erbringen. Ich will aber in aller Deutlichkeit sagen, daß das Land diese Fehlbeträge komplementär nicht aufbringen kann.

Das haben wir immer gesagt, das ist nichts Neues. Wir haben uns aber verantwortlich damit auseinandergesetzt und gesagt, daß wir uns in Zeiten des knappen Geldes konzentrieren müssen und wo wir Prioritäten setzen wollen. Das haben wir mit diesem Haushalt entschieden getan.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Dies setzt nach meinem Verständnis voraus, daß man nicht kurzerhand einen Entwurf mit dem pauschalen Argument verwirft, es habe keine Konsolidierung im nötigen Umfang stattgefunden. Dies ist nicht die Art, sich parlamentarisch mit dem Einzelplan Kultur auseinanderzusetzen.

(D) Verantwortungsvolle Oppositionsarbeit findet nicht mehr statt; schlichte Verweigerungshaltung ist Ihr Merkmal! In den fraglichen Ausschußsitzungen haben Sie nichts, aber auch gar nichts dazu beigetragen, den Kulturschaffenden auch nur ein Signal Ihrer vermeintlichen Hoffnung in diesem Lande zu geben. Nichts ist passiert. Ich weiß nicht, wie Sie das nach draußen vertreten wollen. Von den Alternativen wollen wir überhaupt nicht mehr reden, denn sie sind null. Ich erkenne keine Alternativen zu den Entwürfen, die wir gebracht haben.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Dies war wirklich keine Glanzleistung, die Sie in diesem Haushalt vollbracht haben.

Dagegen kann ich auf Erfolge hinweisen, die eine Koalitionsregierung zustande bringt. Ich verhehle nicht, daß das nicht immer leicht ist, Kompromisse zu finden.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist wahr!)

Wir haben uns jedoch nach intensiven Diskussionen fraktionsübergreifend mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür entschieden, Änderungsanträge in einem Gesamtumfang von 1 Million DM zu stellen. Das sind rund 0,5 % mehr als im Entwurf des Gesamthaushaltes in unserem Bereich von insgesamt 231,7 Millionen DM veranschlagt waren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dieser Erhöhung möchten wir bestimmte Bereiche mit gewissen Erhöhungen der Baransätze ver-

(Böcker [SPD])

(A) sehen, bei denen wir meinen, daß ein Mehr not tut, um Engpässe zu lindern. Auch hierbei haben wir uns von dem Gedanken leiten lassen, daß die Finanzsituation des Landes nur eine maßvolle Änderung vertretbar erscheinen läßt.

So haben wir vorgesehen, 400 000 DM mehr zur Förderung des Bibliothekswesens einzusetzen, als das im Entwurf vorgesehen ist. Der Gesamtansatz soll sich demnach auf 5,2 Millionen DM steigern. Dies ist ein Ansatz, der unter der Prämisse der Verabschiedung des Haushalts der Erkenntnis Rechnung trägt, daß die Zuweisungen an Gemeinden in diesem Bereich unbedingt erforderlich sind. Wir wollen damit ein Zeichen setzen und den Bibliotheken Hoffnung machen, daß sie auf dem neuen Weg, nämlich im Bereich der neuen Medien wettbewerbsfähig zu sein und sich den neuen Erfordernissen stellen zu können, in Zukunft angemessen ausgestattet werden.

Wir haben uns weiterhin davon überzeugen lassen, daß es für den Erwerb und die Unterhaltung von Kunstwerken unbedingt einer Erhöhung des jetzigen Baransatzes von 175 000 DM um 60 000 DM bedarf, um überhaupt den Ankauf von Kunstwerken, insbesondere von Werken jüngerer Künstlerinnen und Künstler zu ermöglichen.

(B) Ich räume ein: Dieses Budget ist immer noch nicht sehr groß, aber es ist eine Steigerung, die sich sehen lassen kann, denn weiß Gott hat die Kultur nicht die größte Lobby. Es spricht für die SPD-Fraktion und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, daß wir uns auch diesen Nischen zuwenden und hier versuchen zu helfen. Vor allen Dingen geht es uns darum, junge Künstlerinnen und Künstler mit einigen Ankäufen zu unterstützen, um sie einem größeren Publikum bekanntzumachen.

Einen etwas größeren Betrag haben wir für die projektbezogene allgemeine Kulturförderung vorgesehen. Dort soll der Baransatz von 1 Million DM um 25 % erhöht werden. Von diesem Ausbau soll die Soziokultur profitieren. Wir wollen damit soziokulturelle Projekte im Land unterstützen. Ich füge hinzu: Die Soziokultur hat längst ihren festen Platz in der Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens eingenommen. Ich darf an die vielen Jahre erinnern, in denen sie von der CDU-Fraktion erbittert bekämpft wurde.

Mit dem Haushaltsplan 1996 wurde erstmals ein Ansatz für Frauenkultur geschaffen. Der Baransatz für 1997 sieht 100 000 DM vor. Um in diesem Bereich einen nennenswerten Schub zu erreichen, soll dieser Ansatz um 250 000 DM erhöht werden.

Damit soll der Frauenkultur ein deutlicher Akzent zukommen. Ich darf an dieser Stelle nur daran erinnern, daß am 5. Dezember der Künstlerinnenpreis des Landes im Bereich "Neue Medien" verliehen wurde. Auch dies wurde möglich durch den neu geschaffenen Haushaltstitel. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schließlich war uns auch daran gelegen, die im Etat des Ministeriums für Stadtentwicklung und Kultur vorgesehenen Mittel für Filmförderung leicht zu erhöhen. In diesem Bereich haben wir uns angesichts gestiegener Kosten entschieden, den Baransatz von 160 000 DM um 40 000 DM auf 200 000 DM zu erhöhen. Dies mag einigen zu wenig erscheinen, aber es ist doch ein deutliches Signal, auch im Bereich des Films und damit für diese Nische in diesem Medienland Nordrhein-Westfalen zu werben und einiges zu tun. Ihnen fiel dazu im Ausschuß nichts anderes ein als zu lamentieren.

Wichtig erscheint mir noch der Hinweis auf die ebenfalls mit dem Haushalt 1996 erstmalig eingeführte Titelgruppe 97, die Regionale Kulturförderung, in Höhe von 13,3 Millionen DM. Dies ist ein wichtiger Aspekt der Landeskulturpolitik. Hier werden wir schon in relativ kurzer Zeit aus den Regionen - davon bin ich überzeugt - sehr positive Rückmeldungen erfahren. Dies wird ein Akzent sein, der neue Dinge in Bewegung setzt, den Regionen und den Eigenständigkeiten Rechnung trägt und die Menschen in ihrer Identifikation mit Kultur in ihren Räumen bestärken wird. (D)

Insgesamt gesehen - ich möchte zum Schluß kommen - kann sich dieser Kulturhaushalt sehen lassen. Ihr beredtes Schweigen spricht Bände. Ich glaube, Sie hätten hier von dieser Stelle auch nicht viel zur Kultur im Lande Nordrhein-Westfalen beitragen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Frau Kollegin Schumann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Brigitte Schumann¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aktivitäten der CDU in den letzten Monaten sind als Scheinaktivitäten und als großer Bluff enttarnt worden. Der Totalboykott, den Sie hier bis hinein in die zweite Lesung vorgelegt haben, zeigt, daß Sie nichts vortragen

(Schumann [GRÜNE])

- (A) können als Alternative zu dem, was wir hier beschließen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Selbstverständlich freuen sich die Kulturpolitikerinnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darüber, daß der Kulturhaushalt im Vergleich zum Vorjahr sogar gewachsen ist. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich freut es uns, daß wir noch eine Million DM für die Kultur in NRW bewegen konnten, die jetzt der Frauenkultur, der Soziokultur, den kommunalen Bibliotheken, den bildenden Künstlerinnen und Künstlern und dem künstlerischen Filmnachwuchs zugute kommen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Frauenkulturförderung ist ein echtes rot-grünes Kind. Wir sind auch wirklich stolz darauf. Wer Vater oder Mutter ist, haben wir noch nicht geklärt, Manfred Böcker. Aber ich finde, es sieht uns ziemlich ähnlich. Es gibt mit Beginn der rot-grünen Koalition auch einen eigenen Haushaltstitel dafür. Und es ist nach der Förderung im letzten Jahr bis zu 1 Million DM aus einem anderen Haushaltstitel gelungen, 250 000 DM zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Das ist ein guter Start. Und das ist die Konsequenz aus den immer wiederkehrenden Beobachtungen auch in NRW, daß Künstlerinnen strukturell benachteiligt sind. Dabei ist die frauenspezifische Förderung keine Frauenfalle, denn die Frauen haben selbstverständlich als Künstlerinnen und Kulturschaffende neben dem ureigenen Förderpotenzial Anspruch auf alle Fördertitel, die es im Haushalt sonst noch gibt.

(B)

Wie wenig die CDU die Fraueninteressen ernst nimmt, zeigt die unqualifizierte Bemerkung oder Bewertung des Fraktionsvorsitzenden Linssen in der "Welt am Sonntag", auch bei der Frauenkultur handele es sich um eine Bedienung grüner Spielwiesen. Ich möchte einfach noch einmal deutlich machen, wie Sie berechnete Unterstützung, die wir leisten, als "Spielwiese" abwerten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Soziokultur versuchen wir gemeinsam besserzustellen. Denn sie ist längst aus den Kinderschuhen herausgewachsen. Sie ist aus unserer gemeinsamen Sicht kein Experiment mehr, sondern ein fester Bestandteil der kulturellen basisnahen Angebote. Und auch wenn wir nur Projektmittel geben, dann sind doch diese unverzichtbar. Sie sind ein unverzichtbarer Ausgleich für rückläufige kommunale Finanzierung.

Aber als Kulturpolitikerin erlaube ich mir, eben weil ich nicht zu selbstbescheiden sein will, einen Blick

über den Zaun in andere Haushalte zu werfen. Und dann müssen wir allerdings unsere relative kulturpolitische Bedeutungslosigkeit einfach auch einmal aussprechen. Die Steigerungsraten für die Filmwirtschaft in NRW jährlich, damit NRW als Medienstandort wirtschaftlich Fortschritte macht, werden nicht einmal bruchstückhaft in die künstlerische Filmförderung investiert.

(C)

Die Filmwerkstätten, von denen es z. B. fünf in unterschiedlichen Regionen gibt und die dem künstlerischen Nachweis dienen sollen, können wegen ihrer veralteten apparativen Ausstattung ihrem Anspruch nicht mehr voll nachkommen

Das Künstlerische Filmzwerge-Festival in Münster haben wir mit 40 000 DM gerade noch einmal kurzfristig gerettet. Aber - so frage ich mich - ist es wirklich aus dem Schneider?

Als Kulturpolitikerin frage ich ganz grundsätzlich: Wird nicht nur von uns als Ressortleuten, sondern uns als gesamtem Haus die Erkenntnis ausreichend umgesetzt, daß die vielfältige und differenzierte Kultur eine Voraussetzung für eine florierende Kultur- und Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist? Wird die Erkenntnis ausreichend umgesetzt, daß öffentliche Kulturförderung im Prinzip die Aufgabe der Wirtschaftsförderung für die Wachstumsbranche Kultur- und Medienwirtschaft übernehmen kann und sollte? Das sozusagen zum allgemeinen Nachdenken, damit wir bei den anstehenden Kürzungen in den nächsten Jahren, von denen wir wissen, daß sie hart sein werden, im Verteilungskampf nicht zu selbstbescheiden sind und zu kurz kommen.

(D)

Der Blick über den Zaun führt zwangsläufig auch auf die, die für die kulturelle Grundversorgung zuständig sind, nämlich die Städte und Gemeinden. Hier schreitet der Kulturabbau unter dem Diktat der kommunalen Haushaltskonsolidierung fort. Um so wichtiger ist es, im Landeshaushalt diejenigen zu fördern, die über das Kirchturmsdenken, das auch kulturpolitisch mancherorts noch vorherrscht, hinausgehen. Wichtig ist uns dabei die Förderung der Kultursekretariate, die einen Zusammenschluß der Städte - theatertragende und nichttheatertragende - in unserem Lande darstellen, die mit diesem Kooperationsverbund qualitativ und quantitativ bessere Angebote für ihre Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft vorhalten wollen.

Hier ist keine Erfolgsmeldung zu verzeichnen. Es gibt in diesem Bereich eine Kürzung, die wir sehr bedauern. Daß das eine Enttäuschung ist, möchte ich hier aussprechen. Wir verstehen die Kürzungsoperation auch insofern nicht, als sie im Rahmen

(Schumann [GRÜNE])

(A) der Regionalisierung, die kooperatives Denken stärken will, aus unserer Sicht keinen rechten Sinn macht.

Uns fehlt auch die angemessene Aufstockung von Mitteln für die bestehenden Landeskulturbüros. Hier wird im Bereich von Information, Diskussion und Beratung ebenfalls Vernetzung geleistet. Wer den effizienten Mitteleinsatz will, der muß auch die institutionelle Förderung dieser Landeskulturbüros bedenken und aus unserer Sicht heraufsetzen. Die SPD hat hier mit der Gründung von Landeskulturbüros und deren Förderung etwas Richtiges angefangen. Wir meinen, wir müssen diesen Gedanken fortschreiben und weiterentwickeln.

(Beifall der Ingrid Fitzek [GRÜNE])

Der Haushalt hält 13 Millionen DM für die Regionale Kulturförderung bereit. Für die Ruhrgebietsregion sind es bis zu 10 Millionen DM aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz. Diese Summen sind für die Kultur beträchtlich. Deshalb ist eine Selbstverständigung über die Verwendung und die Entscheidungsstrukturen notwendig. Wir sind sicher, daß wir zu Anfang des Jahres ein vernünftiges und für beide Seiten - gemeint sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD - befriedigendes Ergebnis vorlegen können. Es wird darauf ankommen, daß wir für alle Regionen demokratische Partizipationsmöglichkeiten in diesem regionalen Entwicklungsprozeß festschreiben und praktizieren. Im Mittelpunkt steht aber immer die Regionalentwicklung.

(B) Ich betone es noch einmal: Die Kultur als Motor für den regionalen Strukturwandel kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Kulturmaßnahmen, die getroffen werden, zu der Region passen, aus der Region heraus entwickelt werden und nicht aufgesetzt sind. Alles von außen Kommende ist eigentlich schädlich oder störend.

Ich möchte es mir nicht verkneifen, an dieser Stelle auch ein schlechtes Beispiel zu benennen. Dabei handelt es sich um die mit Landesmitteln in Höhe von 40 Millionen DM geförderte Verlagerung des Archäologiemuseums von Münster nach Herne, wobei nur ein Teil der Mittel in diesem Haushalt eingestellt wird und der Rest in den nachfolgenden Haushalten abfließt.

(Beifall der Dr. Renate Düttmann-Braun [CDU])

Diese Verlagerung wird auch mit 10 Millionen DM durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe gefördert. Wir meinen: Auch diese Mittel sind zuviel. Das Archäologiemuseum in Herne hat, um es deutlich zu sagen, keine konzeptionelle Anbin-

dung an Institute und Institutionen. Es gibt keine gewachsenen Strukturen, die dieser Verlagerung einen Sinn gäben. Ich nenne dieses Beispiel und hoffe, daß wir in Zukunft bei der Umsetzung des Regionalisierungskonzeptes der Landesregierung positive Beispiele vermelden können

(C)

Ich gehe davon aus, daß das der Fall sein wird und setze in allen Punkten, in denen wir mit der SPD vielleicht noch nicht einer Meinung sind, auf eine Verständigung. Ich kann mit dem Haushalt sehr gut leben. Wir haben Erfolge erzielt.

(Dr. Hans Horn [CDU]: Sie sind bescheidener geworden!)

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Haushalt und kündige an, daß meine Kollegin Brigitte Hermann noch besonders zu dem Thema "Kommunale Bibliotheken" etwas sagen wird. Auch sie wird ihre Zustimmung zum Haushalt des Einzelplans 15 erteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Frau Brusis, das Wort.

Ise Brusis, Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ohne den Kommunen ihre Verantwortung für die jeweiligen Kulturangebote abnehmen zu können und zu wollen, will der Entwurf des Haushalts 1997 unter anderem dazu beitragen, den einzelnen kommunalen Kultureinrichtungen das Leben zu erleichtern beziehungsweise eine Umstrukturierung ihrer Kulturangebote zu unterstützen. Deshalb werden die im Haushalt vorgesehenen Mittel unter anderem dazu eingesetzt, die für die verschiedenen Kultursparten geschaffenen Strukturen zu erhalten, Projektmittel bereitzustellen, Beratungskapazität vorzuhalten, Hilfen zu geben, um Einrichtungen der kulturellen Grundversorgung zu sichern, Innovationen zu unterstützen und Zeugnisse vergangener Kultur zu bewahren.

(D)

Es ist in einigen Bereichen erfreulicherweise gelungen, die Haushaltsansätze zu erhöhen, so zum Beispiel bei den Landesorchestern um 1,5 Millionen DM, bei der Musikförderung, insbesondere der Laienmusik, um 300 000 DM, bei den Mitteln für die freie Szene und die freien Theater um 830 000 DM, bei den Zuschüssen für kommunale Filmfestivals um rund 500 000 DM.

(Ministerin Brusi)

(A) Im einzelnen, meine Herren und Damen, mag sich die Erhöhung der Ansätze um ein paar hunderttausend DM im Vergleich zu anderen Haushalten, die wir hier beraten, bescheiden ausnehmen. Ich will auch nicht verschweigen, daß höhere Haushaltsansätze in vielen Bereichen der Kulturpolitik wünschenswert wären. Gleichwohl kann mit diesen Mitteln für die kulturelle Entwicklung und die innovative Kraft der Kultur des Landes einiges bewirkt werden. Manchmal glaube ich sogar, daß es erstaunlich viel ist, was wir trotz der geringen Mittel immer noch im kulturellen Bereich in Bewegung bringen können.

So ist, denke ich, schon viel gewonnen, wenn wenigstens der Erhalt einer Einrichtung in diesen schwierigen Zeiten gesichert werden kann. Anders als in anderen Förderbereichen bewirken Einsparungen, die zur Auflösung kultureller Einrichtungen führen, daß diese oft unwiederbringlich ihre Arbeit einstellen müssen.

Angesichts der Haushaltskrise, in der sich die Kommunen befinden, hat die Landeskulturförderung oft eine Anreizwirkung. Viele städtische Museen zum Beispiel arbeiten bei Ankäufen und Ausstellungen mit Null-Etats. Landesförderung kann hier dazu beitragen, daß für einzelne Projekte überhaupt noch städtische Mittel bereitgestellt werden oder daß über die geringe Landesförderung auch Sponsorenmittel eingeworben werden können.

(B) Deshalb gilt mein Dank den Koalitionsfraktionen, die sich für eine Erhöhung des Kulturhaushalts um 1 Million DM eingesetzt haben. Sie haben schon gehört: Die Mittel erhöhen die Ansätze für das Bibliothekswesen, den Ankauf der Kunstwerke, für projektbezogene allgemeine Kulturförderung, hier insbesondere für den Bereich der Soziokultur, für die Frauenkulturförderung und die Filmwerkstätten.

Ich denke, alles sind Bereiche, die eine Erhöhung der Haushaltsansätze dringend nötig haben. Ich könnte die Liste der Einrichtungen und Fördertöpfe, in denen auch eine Erhöhung wünschenswert wäre, beliebig verlängern. Aber ich sage: Ich bin froh, daß es wenigstens hier gelungen ist, und wir werden sehen, was wir im nächsten Jahr erreichen können.

Besonders freue ich mich, die vertragsgemäße Förderung der jüdischen Kultusgemeinden in Nordrhein-Westfalen erheblich verbessern zu können. Ihre Bedeutung ist heute durch die Zuwanderung von vielen Menschen aus Osteuropa unterstrichen worden. Hier ist in vielen Fällen dringend Hilfe nötig.

(C) Trotz der schwierigen Haushaltslage des Landes ist es auch im Bereich von Denkmalschutz und Denkmalpflege unverzichtbar, mittelfristig durch staatliche Förderung verstärkt Anreize für private Investitionen zu schaffen. Wir rechnen damit, daß in spätestens drei Jahren die wirklich schützenswerten Baudenkmäler des Landes weitgehend in die gemeindlichen Denkmallisten eingetragen sind. Dann wird ein Höchstmaß an Rechts- und Planungssicherheit erreicht sein.

Mit den für die Denkmalpflege bereitstehenden Mitteln, die in der Vergangenheit immer wieder reduziert werden mußten, können allerdings derzeit nur die allernötigsten Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Hier stehen die Haushaltsansätze leider seit Jahren nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum Denkmalbestand und der Erwartungshaltung der Denkmaleigentümer.

Der Haushaltsentwurf weist auch Ansätze und Verpflichtungsermächtigungen aus, die die künftige Nutzung des Ständehauses zu einem zweiten Standort für die Kunstsammlung und für repräsentative Aufgaben des Landes sichern sollen.

Erwähnenswert ist meines Erachtens auch, daß im Frühjahr 1997 das Museum Schloß Moyland mit der Sammlung van der Grinten und dem Joseph-Beuys-Archiv eröffnet wird. Deshalb ist hier eine Erhöhung des Landeszuschusses im Haushaltsjahr 1997 erforderlich. In finanzschwachen Zeiten ist auch ein solches Unternehmen eine große Herausforderung.

(D) Zur Ergänzung und Weiterentwicklung der bisherigen Kulturpolitik soll die regionale Kulturpolitik neue Hilfestellungen geben. Dabei - das will ich hier noch einmal ganz deutlich sagen - darf sich nicht die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners in den Regionen durchsetzen. So sehr ich immer wieder Wert darauf lege, daß wir nicht Konzepte vom grünen Tisch aus für die Regionen vorgeben, und immer wieder betone, daß das, was im Rahmen der regionalen Kulturpolitik an Impulsen gesetzt wird, in der Region und von der Region selbst erarbeitet werden muß, so sehr sage ich aber auch: Hier ist es auch notwendig, daß Impulse von außen gegeben werden.

Dies ist in der letzten Veranstaltung, die wir im Münsterland durchgeführt haben, auch vom Regierungspräsidenten Münster erfreulicherweise nachdrücklich unterstrichen worden. Wir dürfen uns hier nicht auf Kirchturmdenken beschränken, sondern wir müssen wirklich versuchen, Entwicklungsimpulse zu setzen, die tragfähig sind und die dazu

(Ministerin Brusis)

(A) führen, daß die Regionen unseres Landes kulturell mit ihren qualitativ hochwertigen Angeboten auch über die eigene Region und über die Landesgrenzen hinausstrahlen.

Der Prozeß der Diskussion über regionale Kulturpolitik muß in Ruhe organisiert und inhaltlich gestaltet werden. Insgesamt sind wir bei der Herausbildung der regionalen Kulturpolitik auf gutem Wege und werden diesen Weg 1997 fortsetzen.

Frau Kollegin Schumann, ich unterstreiche noch einmal, was Sie gesagt haben: Es muß ein offener Diskussionsprozeß sein, der Partizipation für alle Interessierten, Betroffenen und Beteiligten ermöglicht. Öffentliche Informationsveranstaltungen im Ruhrgebiet, am Niederrhein und im Münsterland sind bereits durchgeführt worden. In anderen Regionen hat es inzwischen vorbereitende Gespräche gegeben.

Wir haben damit in vielen Regionen inzwischen die Grundlage dafür geschaffen, daß die Regionen als Ganzes handeln und das Land die Regionen als Ganzes fördern kann. 1997 werden wir diesen Diskussionsprozeß fortsetzen. Ich denke, wir werden in vielen Regionen Ende 1997 schon zu guten Ergebnissen kommen.

(B) Projekte, die 1997 gefördert werden, werden gleicher Art sein wie die, die wir auch 1996 gefördert haben, nämlich Projekte, die den allgemeinen Zielsetzungen der regionalen Kulturpolitik entsprechen und den Boden für die Entwicklungskonzepte und die Profilierung in den Regionen bereiten. Bereits jetzt zeichnen sich zahlreiche konkrete Projekte ab, die Kooperations- und Vernetzungsstrukturen schaffen können und das Bewußtsein für die Einheit der jeweiligen Regionen als Kulturregionen stärken.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch folgendes anfügen, meine Herren und Damen: Ich glaube, daß es gerade die Haushaltssituation, in der wir uns jetzt befinden, nicht zuläßt, daß wir - in welchen Politikbereichen auch immer - sagen, daß alles so weitergehen muß wie bisher und mehr Fördermittel her müssen, falls finanzielle Schwierigkeiten auftauchen. Dieser Weg kann so nicht weitergehen, denn auf diese Weise werden wir an Grenzen stoßen, die wir nicht mehr überwinden können.

Es geht jetzt darum zu sichern, was gesichert werden muß und was für uns unverzichtbar ist. Es geht aber auch darum, neue Impulse zu setzen in der Entwicklung unserer kulturellen Landschaft. Eine Kulturlandschaft, die sich nicht weiterentwickelt, in der es keine neuen Ansätze gibt und in der nicht immer wieder streitig über kulturelle Entwick-

lung diskutiert wird, verkümmert. Deshalb bin ich so froh, feststellen zu können, daß unsere Veranstaltungen, die wir zur regionalen Kulturpolitik machen, einen großen Zuspruch finden. Dies läßt sich auch an den steigenden Teilnehmerzahlen ablesen, und es wird kontrovers diskutiert. Das schadet überhaupt nicht, ich finde es vielmehr gut, daß wieder offensiv über Kulturpolitik diskutiert wird. Ich glaube, daß wir aufgrund dieser Diskussionen in den Regionen des Landes zu guten Ergebnissen kommen. (C)

Meine Herren und Damen, lassen sie mich abschließend folgendes sagen: Ich glaube, daß der Kulturetat - so sehr man sich auch hätte wünschen können, daß an der einen oder anderen Stelle etwas mehr hätte getan werden können - eine gute Grundlage dafür ist, das zu verwirklichen, was ich gerade als Ziel angegeben habe, das zu bewahren, was wir bereits haben, aber auch neue Akzente und Impulse setzen, damit sich unsere Kulturlandschaft weiterentwickelt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Frau Kollegin Herrmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(D) **Brigitte Herrmann (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir ein Anliegen, noch zwei Punkte in dieser Kulturdebatte anzusprechen. Die CDU hat sich an der heutigen Debatte zum Kulturetat nicht geäußert; ich habe Herrn Böhmer leiden gesehen.

(Helmut Diegel [CDU]: Er sieht aber ganz gut aus!)

Deswegen müssen wir auf das zurückgreifen, was zu hören und in der Presse zu lesen war. Herr Linssen, der Fraktionsvorsitzende der CDU,

(Stefan Frechen [SPD]: Noch!)

hat in einer Presseerklärung zum Haushalt die vermehrte Förderung von Soziokultur und Frauenkultur als grüne Spielwiese und Klientelpolitik bezeichnet. Mit einer derartigen Formulierung, die von Herrn Linssen bewußt als Abwertung dieser Förderung verstanden wird,

(Manfred Böcker [SPD]: Vielleicht lassen wir ihn einmal mitspielen!)

hat sich die CDU nach meiner Auffassung ein weiteres Mal auch im Kulturbereich entlarvt. Wer Frauenkultur als *Spielwiese* bezeichnet, macht

(Herrmann [GRÜNE])

(A) deutlich, welchen Wert er der Förderung in diesem Bereich beimißt - nämlich keinen!

(Brigitte Speth [SPD]: Und welchen Wert den Frauen!)

Eine derartige Einschätzung durch die CDU dürfte insbesondere für über 52 % der nordrhein-westfälischen Bevölkerung äußerst interessant sein: für die Frauen nämlich, die die Mehrheit in unserem Land bilden. Durch die CDU dürften sie sich im Kulturbereich nach den Äußerungen von Herrn Linssen nicht mehr vertreten fühlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns Grüne ist allerdings Kultur von und für Frauen ein ernsthaftes Anliegen, für das wir uns auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen werden, egal, ob dies jemand als Spielwiese bezeichnet oder nicht.

Der größte Anteil der Aufstockung im Kulturretat jedoch kommt der Förderung der öffentlichen Bibliotheken zugute. Wir wollen, daß sich die Bibliotheken der Städten und Gemeinden zu Informationszentren entwickeln, zu denen jede und jeder ungehindert gerade auch Zugang zu den neuen Medien hat. Wir haben deshalb im Kulturausschuß beantragt, die Mittel für die Förderung der Bibliotheken - auch für das Programm "Bibliotheken ans Internet" - um 400 000 DM zu erhöhen.

(B)

Wir waren guter Hoffnung, daß auch die Kulturausschußmitglieder der CDU diesem Antrag zustimmen würden. Schließlich hatten die Kolleginnen und Kollegen oft genug in vollmundigen Reden die fehlende finanzielle Ausstattung der Büchereien und das Bibliothekssterben bedauert, um im gleichen Atemzug ein Plus an Landesförderung einzufordern. Doch was passiert, wenn ein solcher Antrag kommt, der die Ausstattung der Bibliotheken verbessert? - Die CDU stimmt mit Nein. Also ehrlich: Da komme ich wirklich nicht mehr mit.

Wir hingegen wollen, daß öffentliche Bibliotheken auf dem neuesten Stand der Informationstechnik gebracht werden. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund der Demokratisierung der neuen Medien zu sehen. In Deutschland soll 1998 das Monopol der Telekom für den öffentlichen Telefondienst und die Netzinfrastruktur fallen. Damit wird die Dezentralisierung des Telekommunikationsmarktes einhergehen. Viele Verwaltungen der Städte und Gemeinden werden durch die Möglichkeiten von Multi-Media neue Ideen und Konzepte entwickeln, zum Beispiel Stadtwegweiser, in denen Adressen und Öffnungszeiten von Ämtern enthalten sein

werden, Umweltinformationssysteme, elektronische Formulare, Veranstaltungskalender, elektronische Platzbuchungen und vieles mehr. (C)

Nicht jeder private Haushalt wird sich diese Ausstattung leisten können, um das erwartete Informationsnetz nutzen zu können.

Um jeder Bürgerin, jedem Bürger aber den gleichen Zugang zu allen Informationen zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich, eine Grundversorgung zu schaffen. Deshalb betrachten wir es als wichtige Aufgabenstellung, auch die öffentlichen Bibliotheken des Landes nach und nach mit der notwendigen onlinefähigen Grundausstattung zu versorgen. In Zeiten knapper Finanzkassen muß auch hier das Land unterstützend tätig werden.

Die Bundesregierung hat es in ihrer Politik in den letzten vierzehn Jahren mit zahlreichen Maßnahmen geschafft, unser Land in Arm und Reich zu spalten. Wir wollen nicht, daß neben dieser Spaltung noch eine weitere Spaltung auf uns zukommt, nämlich eine Spaltung in InformationsgewinnerInnen, die ganz selbstverständlich mit den neuen Medien umgehen und an deren Vorzügen partizipieren können, und in InformationsverliererInnen, die leer ausgehen und ausgeschlossen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um einer solchen Spaltung entgegenzuwirken, muß ein öffentlicher Zugang zu diesen Medien gewährleistet werden. Öffentliche Bibliotheken sind hierfür der geeignete Ort. - Danke schön. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Spricht noch jemand? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Teil erledigt.

Wir wenden uns dann in Einzelplan 15 dem Bereich

c) Sport

zu. Ich darf zunächst Herrn Kollegen Kraft für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Dr. Hans Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe zu dem Bereich Sport zu sprechen, möchte aber vorab das Verhalten der Opposition beleuchten; denn heute nachmittag sind zahlreiche Zuhörer hier vertreten, die sicherlich wissen möchten, was geboten wird.

Einige mittelalterliche Mystiker, aber auch indische Gurus am Oberlauf des Ganges gehen davon aus, daß sich in tiefstem Schweigen höchste Wahrhei-

(Dr. Kraft [SPD])

(A) ten offenbaren können. Der Gedankengang lautet:
Nur nichts sagen, lange in sich hineinleuchten,

(Manfred Böcker [SPD]: Hineinhorchen!)

Introspektion halten, kontemplativ schweigend arbeiten, dann kommt eines Tages etwas Hochinteressantes zum Vorschein, möglicherweise das eigene Ich oder auch eine tiefere Wahrheit.

Alles das sind mystische, meditative, sektiererische Auffassungen; denn wer lange geschwiegen hat und sich dann plötzlich äußern soll, wird in der Regel kaum verstanden, muß erfahren, daß das, was er sagt, rational nicht nachvollziehbar ist. Er pocht dann darauf, man müsse das, was behauptet wird, glauben. All das hat in einem Plenarsaal keinen Platz; der Plenarsaal ist dafür der falsche Ort.

(Dr. Bernd Brunemeier [SPD]: Am Ganges ist das richtig!)

- Am Ganges ist das gut, hier nicht.

Es sind viele Zuhörer hier hergekommen, zum Teil von weit her. Ich habe mir von unserem auch im Rheinland sehr bekannten und hochgeachteten Kollegen, dem radelnden Landrat von Minden-Lübbecke, Heinrich Borcharding, sagen lassen, daß hier eine Teutonenriege eingezogen sei.

(B) (Beifall auf der Zuhörertribüne)

- Jawohl! - Die sind dadurch bekannt, daß sie, was den Sport, die Liebe zum Sport und die Organisation in Sportvereinen angeht, weit über dem Landesdurchschnitt liegen.

(Manfred Böcker [SPD]: Grün-Weiß Dankersen!)

Der landesdurchschnittliche Organisationsgrad, also Mitgliedschaft in Sportvereinen, liegt bei ungefähr 27 %, bei unserem Freund, dem radelnden Landrat, bei etwa 40 %.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese sportnahen Bürgerinnen und Bürger wollen in einer solchen Stunde natürlich wissen: Was geschieht im Landtag, beim Gesetzgeber?

Im Landtag - 2. Lesung Haushalt - soll gestritten werden. Das sagt uns der Phönix unten, wenn wir dieses Haus betreten, direkt rechts hinter der Pforte: In Wort und Widerwort sollen wir streiten, um zu schauen, wer das bessere politische Konzept einbringt. Am Ende eines zwei- oder dreitägigen Streites, wenn die Spezialdisziplinen der Politik durchdekliniert worden sind, zeigt sich die fleischgewordene Programmatik der Parteien.

(C) Vorher kommen Ankündigungen, auf Papier geschriebene Programme. Dann kommt der Streit um den Haushalt. Schließlich kommt das Zahlenwerk; das Zahlenwerk ist öffentlich und für jederman und jede Frau nachlesbar. Dort zeigt sich, was die einzelnen gewollt haben, aber scheiterten, und was die anderen gewollt haben und in einem demokratischen Abstimmungsprozeß obsiegten.

Wer sich aber diesem Prozeß Wort und Widerwort von Anfang an entzieht, der verfolgt nicht nur eine Eintagsstrategie, sondern der versetzt dem Phönix, der hier unten steht, einen ganz schweren Schlag; denn ein Drittel derjenigen, die hier im Parlament sitzen, haben die Stimmen von CDU-Wählerinnen und -Wählern mit einem klaren Auftrag bekommen, nämlich: Bändigt die Regierungsmehrheit, seht zu, daß auch etwas für das Drittel getan wird, das nicht an der Macht ist, aber aus der Opposition heraus korrigierend eingreifen kann!

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das tun wir doch schon! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das führt dazu, daß die Fraktionen, die die Regierung stützen, sich selbst beflügeln müssen.

(D) Es ist völlig neu, daß die Opposition keinen Antrag gebracht hat; ich spreche jetzt vom Sport. Im Vorfeld der Etatberatungen, also im Laufe des Jahres 1996, haben wir Anträge gesehen, auch interessante Debattenbeiträge gehört zur Stärkung des Ehrenamtes, zur Modernisierung von Sportstätten, zur Hauptamtlichkeit, zur Übungsleiterpauschale, zur Stärkung des Schulsportes, zu allen möglichen Bereichen. Wir hatten erwartet - denn nur da wird das dann wirklich umgesetzt und kann konkret in einen Haushalt einfließen -, daß eine ganz Palette von Haushaltsanträgen seitens der Opposition kommen würde. Nichts, niente, tiefes Schweigen!

(Dr. Bernd Brunemeier [SPD]: Ganges!)

Als sportpolitischen Sprecher rufen mich die Vereine an und fragen: Was passiert im Landeshaushalt dieses Jahr eigentlich? Wird der Sport wie allgemein mit einem Sparpaket bedacht? Kriegen wir leere Pakete geschickt? Wird gekürzt? Was macht die CDU? Die waren bei uns, haben Dinge in Aussicht gestellt, Ankündigungen gemacht. - Was soll ich denen sagen?

(Zurufe von der SPD: Die Wahrheit!)

Ich muß ihnen sagen: Das, was früher im Düsseldorfer Landtag eine Sportfraktion war, ist von einem Teil aufgegeben worden. Sie beteiligen sich nicht mehr. Das ganze Jahr 1997 muß man immer wieder bescheinigen: Die CDU hat gar nicht mitge-

(Dr. Kraft [SPD])

- (A) macht. Sie haben keinen Vorschlag eingebracht. Sie haben nicht kritisiert, sie haben nicht gutgeheißen, sondern Fundamentalopposition gemacht. Das ist ein bedauerliches Spiel. Ich darf aber alle Zuschauerinnen und Zuschauer bitten, das in jene Gefilde mit hinauszutragen, aus denen sie kommen, und dort das Wort zu verbreiten, daß die CDU für den Sport kein Herz mehr hat. Das ist sehr bedauerlich. Es ist auch neu.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Alle anderen fragen sich: Wenn der so klug daher redet, was hat er denn getan? Was machen GRÜNE und SPD? Wir hatten, bevor der Haushaltsentwurf eingebracht wurde, alle befürchtet, jetzt komme es mit der Axt, jetzt werde wie überall gekürzt, jetzt werde abgezwickelt, gespart, gemindert. Aber wir wissen: Es gibt 20 000 Sportvereine in Nordrhein-Westfalen mit 5 Millionen Mitgliedern - ein Organisationsgrad, den ich eben erwähnte, mit zirka 27 % im Landesdurchschnitt.

Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD - dafür bin ich sehr dankbar - haben zweierlei erkannt und das auch in den Jahren, in denen hier Politik gemacht wird, nicht geändert:

Erstens. Der Sport hat einen hohen Stellenwert.

- (B) Zweitens. Am Sport wird nicht gekürzt.

Das Volumen des Landessportplanes in Höhe von zirka 186 Millionen DM wurde leicht erhöht. In den Etatberatungen ist es sogar gelungen - dafür herzlichen Dank sowohl an die GRÜNE- als auch an die SPD-Fraktion -, den Baransatz für den Sportstättenbau um 3,4 Millionen DM anzuheben. Aus den politischen Einzeldisziplinen, die in diesen Tagen verhandelt werden, geht eine der wenigen als wirklicher Sieger mit einem Mehr hervor: der Sport. Dafür danke ich diesem Hause und den beteiligten Fraktionen.

Wir stimmen zu. Ich bitte alle Anwesenden, ebenso zu verfahren. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Mai für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gerd Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gesehen, daß jetzt auch der letzte Sportpolitiker der CDU-Fraktion das Plenum

verlassen hat. Die Opposition ist gänzlich abwesend. (C)

Hier steht jetzt aber die fleischgewordene GRÜNE Programmatik für den Sportbereich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Brigitte Speth [SPD]: Viel Fleisch ist da aber nicht!)

- Danke schön für das Kompliment.

Ich will versuchen, in der Kürze der Zeit die Bewertung des Sporthaushaltes aus unserer Sicht abzugeben. Ich glaube, es ist eine große Leistung, daß die Ansätze in diesem Sporthaushalt für das kommende Jahr trotz der enger werdenden Finanzspielräume gehalten und sogar noch leicht ausgebaut werden konnten. Ich freue mich deshalb auch, daß die beiden Koalitionsfraktionen sich darauf geeinigt haben, den Etat für die Förderung des Sportstättenbaus wieder leicht anzuheben.

Ich habe im Plenum immer gesagt, daß ich eine zentrale Aufgabe des Staates und des Landes darin sehe, die sportliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, also Sportgelegenheiten bereitzustellen. Das halte ich für eine zentrale Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich begrüße deshalb auch, daß sich die Landesregierung daran gemacht hat, die Novellierung der entsprechenden Förderrichtlinien für den Sportstättenbau in den Ministerien auf den Weg zu bringen. Ich denke, wir werden die Ergebnisse, inwieweit eine Optimierung und eine Aktualisierung der Förderrichtlinien gelungen ist, im Ausschuß diskutieren. (D)

Ich finde es weiterhin wichtig, daß der Schwerpunkt bei den Breitensportprogrammen - wir haben selbst in Zeiten, als wir in der Opposition saßen, die Sportpolitik dieser Landesregierung mit dem Schwerpunkt der Breitensportentwicklung gestützt, gelobt und für wichtig gehalten - bei der Breitensportorientierung erhalten bleibt. Ich freue mich, daß die zahlreichen Breitensportprogramme, teilweise in Kooperation mit dem Landessportbund - ob das z. B. Sport für ausländische Kinder und Jugendliche, für Aussiedlerfamilien oder Sport in Strafvollzugsanstalten ist - im wesentlichen weitergeführt werden können und teilweise sogar noch weiterentwickelt werden.

Ich finde es sehr erfreulich, daß wir in dieser Legislaturperiode und auch im nächsten Jahr im Haushalt erkenntlich einen Schwerpunkt für den Sport für Frauen und Mädchen gebildet haben. Wir haben uns ja auch im Ausschuß ausführlich über diesen Bereich unterhalten. Hier sind vom Landessportbund, aber auch von seiten der Landesregierung, vom Ministerium einige Akzente gesetzt worden.

(Mai [GRÜNE])

(A) Das wird einer der Schwerpunkte der Sportpolitik werden.

Ich finde es sehr erfreulich, daß diese neue Akzentsetzung unter anderem nach der deutlichen Kritik, die der Sportausschuß und der Frauenausschuß im Lande an der Verfahrensweise auch im Landessportbund in der Vergangenheit geübt haben, Konsequenzen hat und Folgerungen daraus gezogen werden.

Wir haben auch im Ausschuß über die Mißbrauchsproblematik im Sport, gerade was Frauen und Mädchen anbelangt, ausführlich diskutiert. Auch das wird Konsequenzen für die weitere Gestaltung der Sportpolitik in diesem Lande haben. Wir werden uns diesen Problemen weiter aufmerksam widmen.

Ich finde, daß die Landesregierung die richtigen Ansatzpunkte genannt und auch hilfreiche Grundlagen geliefert hat, sei es bei der Nachbereitung und dem Aktionsprogramm des Jahres des Ehrenamtes im Sport, wobei den Sportvereinen, den Organisationen und dem Landessportbund bestimmte Hilfestellungen an die Hand gegeben worden sind, so mit den kommunalen Foren für den Sport, wodurch der Sport in den Städten, Gemeinden und in den Gebietskörperschaften gestärkt und insbesondere der Blick auf die Sportstätteninfrastruktur gelenkt werden soll.

(B) Durch die wichtige und interessante Studie über das Sportverhalten von Kindern und Jugendlichen in diesem Land Nordrhein-Westfalen werden wir meiner Meinung nach eine Fülle von Anregungen - wir haben darüber im Ausschuß schon zweimal ausführlich mit den Professoren, die die Studie erarbeitet haben, diskutiert - für die weitere Sportpolitik in diesem Lande finden, letztendlich auch für die Öffnung des Sportes zum Alltagssport hin - auch darüber haben wir öfter geredet - und für eine Reformierung des Sportunterrichtes und des Sporttreibens in der Schule.

Auch das steht wohl auf der Tagesordnung, daß sich der herkömmliche Sportunterricht wandeln muß, damit er mehr Akzeptanz bei den Kindern und Jugendlichen findet, besser ankommt und sich auch mehr dem Alltagssport widmen und sich an ihm eher orientieren kann.

Im Grunde können wir, glaube ich, zufrieden sein mit die Sportpolitik dieser Landesregierung und der Ministerin, auch nachdem sie in diesem neuen Ministerium angesiedelt worden ist. Wir haben als Gesetzgeber und als Haushaltsgesetzgeber die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaf-

fen. Ich freue mich auf die weitere Arbeit. - Danke schön. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile noch einmal der Frau Ministerin das Wort.

Ilse Brusis, Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Aus den unterschiedlichen Bedürfnissen der Männer und Frauen, der Jugendlichen und der älteren Menschen entstehen Anforderungen für den Sport von morgen, mit denen wir uns heute, das heißt im Jahre 1997 auseinandersetzen müssen.

Die Zahl der sportlich Aktiven in und außerhalb von Sportvereinen und Sportverbänden, aber auch das Interesse am internationalen Sportgeschehen steigt immer noch. Dabei macht heute die Lust auf Erlebnis, auf Spannung und Risiko und auch auf spektakuläre Freizeitbeschäftigung ein bißchen dem traditionellen Sportgeschehen und den traditionellen Sportvereinen Konkurrenz.

Das Sportstättenangebot muß sich der veränderten Nachfrage anpassen, dies möglichst mit Sportanlagen, die auf vielfältige Weise genutzt werden können. Die Landesregierung fördert deshalb den Bau, die bedarfsgerechte Erweiterung und die Modernisierung von Sportstätten. Ergänzend zu den Mitteln der Sportstättenförderung werden z. B. bei der Umnutzung von Kasernenanlagen, die in der Regel über mehr oder weniger funktionierende Sportstätten verfügen, auch Städtebauförderungsmittel für diesen Zweck eingesetzt. (D)

Mein Dank gilt den Koalitionsfraktionen, die sich dafür eingesetzt haben, daß die Mittel für den Sportstättenbau, besonders der Vereine, um 3,4 Millionen DM auf 10,4 Millionen DM erhöht worden sind. Mit der Erhöhung dieses investiven Haushaltsansatzes kann ein wichtiger Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Bereich der Bauwirtschaft geleistet werden.

Durch den Einsatz von Mitteln der Sportstättenförderung und der Stadtentwicklung sollen aber auch mehr Möglichkeiten für Bewegung, Spiel und Sport im unmittelbaren Wohnumfeld entstehen. Wir wollen die Bewegungslust des Menschen, seine sportlichen Bedürfnisse, seinen Spieldrang wieder mit seiner städtischen Umgebung versöhnen. Wir wollen vermeiden, daß jemand, der Sport treiben will, der sich bewegen möchte, der spielen möch-

(Ministerin Brusi)

(A) te, immer erst ins Auto steigen muß, um an den Stadtrand zu fahren, damit er dies tun kann. Wenn wir für die Stadt der kurzen Wege plädieren, heißt das auch, daß wir Spiel-, Sport- und Bewegungsmöglichkeiten im Wohnumfeld schaffen müssen.

Damit Stadtentwicklung und Sportinteressen stärker miteinander verknüpft werden, sollen auch 1997 weiterhin Stadtforen für den Sport durchgeführt werden. Wir werden Ende 1997 einmal eine erste Auswertung dieser Stadtforen für den Sport vornehmen, um zu sehen, wie sie sich in den einzelnen Städten und Gemeinden entwickelt haben, welche Ergebnisse sie gebracht haben und wie man sie weiterentwickeln kann. Wir werden dann sehen, wie die weiteren Schritte für den Perspektivwandel und die Etablierung des Sports als Querschnittaufgabe in den Städten aussehen sollen.

Meine Herren und Damen, der Sport für alle ist der Schulsport; denn nur er erreicht alle Kinder und Jugendlichen. Gerade in der Schule der Zukunft als Lern- und Lebensraum bekommt der Sport einen höheren Stellenwert als bisher. Im Schulsport soll die Gesundheitserziehung verstärkt werden, und weniger begabte Schülerinnen und Schüler sollen zu mehr Bewegung und Spiel ermuntert werden. Schulen sollen mehr Raum für Bewegung bieten. Der Ausbau von Förder- und Fitneßgruppen im Rahmen des außerunterrichtlichen Sports soll fortgesetzt werden.

(B)

Wie im Kinder- und Jugendsport insgesamt, so muß auch bei den schulischen Wettbewerben eine frühzeitige Spezialisierung der Kinder und Jugendlichen im Sport durch eine Ausrichtung auf Vielseitigkeitswettbewerbe vermieden werden. Bei den Sportfesten für behinderte Schülerinnen und Schüler, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen, werden weitere Behindertenarten einbezogen. Wegen des verstärkten Andrangs zu den Wettkämpfen des Landessportfestes haben wir die Ansätze im Haushalt von 1,26 auf 1,54 Millionen DM erhöht.

Im Rahmen der zentralen Handlungsfelder des Aktionsprogramms Breitensport sollen weiterhin Modellprojekte für bestimmte Zielgruppen gefördert werden. Hier sind schon genannt worden die Mädchen und Frauen im Sport, für die wir besondere Maßnahmen durchführen wollen. Ich will hinzufügen, daß wir diese besonderen Maßnahmen auch für die Behinderten und insbesondere für die behinderten Mädchen und Frauen, die durch zwei Kriterien im Bereich des Breitensports häufig benachteiligt sind, durchführen wollen, aber auch für Ältere und für diejenigen, bei denen die Gesund-

heitsorientierung im Vordergrund ihrer sportlichen Aktivitäten steht. Unser Ziel ist es, vor allem denjenigen Bevölkerungsgruppen den Zugang zum Sport zu erleichtern, die sich bisher immer noch schwer damit tun.

(C)

Für die sportmotorisch besonders Talentierte wird 1997 die Förderung erhalten bleiben. Beim Leistungssport ist mir die kind- und jugendgerechte Konzeption von Training und Wettkampf, die sportmedizinische Vorsorge und die zur Sicherung der Schullaufbahn notwendige ergänzende unterrichtliche Betreuung der Sporttalente auch 1997 ein wichtiges Anliegen.

Das Herzstück der zentralen Sportförderung, die Förderung der Übungsarbeit im Sportverein, wird auch 1997 gehalten. Insgesamt stehen dafür im Landessportplan 25 Millionen DM zur Verfügung. Gerade weil viele Gemeinden wegen ihrer Finanznot die Sportförderung immer stärker einschränken müssen, sind diese Mittel, die den Vereinen und ihrer Trainingsarbeit unmittelbar vor Ort zugute kommen, für die Arbeitsfähigkeit der Vereine ungeheuer wichtig.

Vor kurzem - darüber will ich das Parlament informieren - ist der Zuschuß für das Deutsche Sportmuseum in Köln bewilligt worden. Zusammen mit den Bundesmitteln und den Mitteln der Stadt Köln kann nun der Verein Deutsches Sportmuseum das schlüsselfertige Museumsgebäude am Rheinauhafen in Köln ankaufen.

(D)

Damit fügen wir einen weiteren repräsentativen Baustein in die Stadtentwicklung von Köln ein. Köln ist ja nicht nur als die Museumsstadt bekannt, sondern auch als die Hauptstadt der deutschen Sportwissenschaft. Von daher glaube ich, daß für beide das Deutsche Sportmuseum eine wichtige und gute Ergänzung ist.

Lassen Sie mich als letztes das Stichwort: "Ehrenamtliche Mitarbeit" aufgreifen! Ohne ehrenamtliche Mitarbeit hätte der Sport im Verein keine Zukunft. Das gemeinsam mit dem Landessportbund erarbeitete Handlungsprogramm "Ehrenamt im Sport in Nordrhein-Westfalen" war der richtige Ansatz, um neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Arbeit im Verein zu gewinnen. Ich halte dies für eine ganz wichtige Aufgabe, weil es die Sportvereine, die die Grundlage für unsere gesamte Breitensporttätigkeit sind, stärkt. Deshalb wird dieses Programm auch in 1997 unverändert fortgesetzt.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Bemerkung in Richtung auf die Opposition in diesem Hause machen! Wir haben uns im vergangenen Jahr mehrfach mit Anträgen der CDU-Landtagsfraktion

(Ministerin Brusis)

(A) zur Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen befaßt. Ich habe bei der Beratung dieser Anträge eigentlich immer wieder darauf hinweisen können, daß das, was die CDU-Landtagsfraktion hier beantragt, in Nordrhein-Westfalen schon geübte Praxis ist. Die Tatsache, daß sich die Aktivitäten der CDU-Landtagsfraktion jetzt nicht in Haushaltsanträgen niederschlagen, bestätigt diese meine Auffassung. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 15 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1615**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf

(B) **Einzelplan 01 - Landtag**

Hierzu verweise ich auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1601. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Deshalb kommen wir direkt zur **Abstimmung** über den Einzelplan 01 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1601**. Wer dieser Empfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12 - Finanzminister

in Verbindung damit

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1997

Ich verweise auf die Beschlußempfehlungen Drucksachen 12/1612, 12/1616 und 12/1600 sowie auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/1595, über den wir vor der Abstimmung zum Haushaltsgesetz 1997 abstimmen werden. (C)

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Frau Mierbach das Wort.

Irmgard Mierbach (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Spätestens seit der ersten und der zweiten Lesung im Haushalts- und Finanzausschuß war klar, woraus die Strategie der CDU bestand, nämlich aus Blockade. Durch den Hinweis auf Art. 81 LV, wonach - ich zitiere - der Haushaltsplan und der Nachtragshaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein sollen, war die CDU der Meinung, der Haushalt sei verfassungswidrig.

Meine Damen und Herren, die CDU kam wieder einmal mit fadenscheinigen Argumenten, um ihre Meinung über die Mindereinnahmen darzustellen. Zuerst wurden die Verluste bei den Steuereinnahmen durch das Jahressteuergesetz 1997 und später, im Laufe der Beratungen, durch die Steuerschätzungen begründet. Beide Argumente treffen sachlich nicht zu und liefern somit zwangsläufig ins Leere. (D)

Die CDU-Führung wollte es sich diesmal mit einer Blockadehaltung mit Hinweis auf Art. 81 LV besonders einfach machen. Zum Haushalt 1996 hatte sie sich wenigstens noch ordentlich ins Zeug gelegt: 111 Anträge, von denen am Ende allerdings weniger als ein Dutzend übriggeblieben ist. Das war aber immerhin noch ein Arbeitsergebnis, inhaltlich zwar dürftig, aber quantitativ nicht zu übersehen.

Eine konstruktive, wenn möglich qualitativere Mitarbeit in den jetzigen Haushaltsplanberatungen hätte der CDU besser zu Gesicht gestanden. Anstatt den Konsolidierungskurs des Finanzministers im Haushalts- und Finanzausschuß zu hintertreiben, sollte sich die Opposition endlich mit der Ursache der Steuermindereinnahmen beschäftigen, nämlich der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Monat zu Monat und wird noch in diesem Winter die Vier-Millionen-Marke überschreiten.

Eine ordentliche Parlamentsarbeit sollten die Bürger und Bürgerinnen von einer Opposition erwarten können, dies nicht zuletzt auch wegen der Auswirkungen der Bonner Katastrophenpolitik auf unser Land.

(Beifall bei der SPD)